Samstag, 18. Juli 2026, 15:59 Uhr
~19 Minuten Lesezeit

Das schrumpfende Britannien

Im Vereinigten Königreich bricht sich die Unzufriedenheit über Armut, Migration und ein gefühltes Staatsversagen gewaltsam Bahn — Premierminister Keir Starmer kostete diese explosive Stimmung das Amt.

von Roland Rottenfußer
Bild: Collage mit Fotos von Shutterstock.com (Followtheflow, WeerajitJames, Michael Tubi)

Wachsende Armut. Vermüllte, verwahrloste Straßen.

Arbeitslose, die ohne Lebensperspektive voll giftigen Zorns in abgerissenen Quartieren vegetieren. Eine von vielen so empfundene Überfremdung. Muslime, die ganze Stadtviertel „übernehmen“ und bei der Urbevölkerung das Gefühl schüren, fremd im eigenen Land zu sein. Wachsende Kriminalität und eine überforderte Polizei. Eine politische „Elite“, die als unfähig, volksfern und dekadent wahrgenommen wird und den Tatsachen — auch um den Vorwurf des „Rassismus“ zu vermeiden — nicht ins Auge schaut. Nein, ich spreche nicht von Deutschland. Hierzulande bleibt die Unzufriedenheit vieler Bürger noch unterschwellig, macht sich allenfalls in den Umfrageergebnissen der AfD Luft. In Großbritannien dagegen brennt längst die Hütte. „Die Revolution hat begonnen!“, rief der Wortführer der Unzufriedenen, der Rechtspopulist Tommy Robinson aus. Die — wie sie sich selbst sieht — unterdrückte Mehrheit revoltiert und hat das Gewalttabu längst fallen gelassen. Aufgestachelt auch durch Berichte über erschütternd brutale Migrantengewalt und über Fälle von Serienvergewaltigungen („Grooming Gangs“), sehen sich viele am Ende ihrer Geduld. Auch Unschuldige werden — wie immer in solchen Fällen — Opfer einer Woge aus ungerichteter Fremdenfeindlichkeit. Dem Staat, der ineffizient und zaghaft dagegen vorzugehen scheint, schlägt der Hass der gekränkten weißen Einheimischen entgegen. Keir Starmer und die britischen Behörden — so der Vorwurf — stellen sich eher schützend vor die Täter, als ihrer Pflicht zum Schutz der gesetzestreuen Bevölkerung nachzukommen. In Großbritannien eskalieren Entwicklungen, die sich fast überall in Westeuropa

feststellen lassen – verstärkt noch durch die Spätfolgen des britischen Imperialismus. Wir sollten uns aber nicht zu sicher fühlen. Was sich jetzt im Königreich entlädt, könnte mit zeitlicher Verzögerung auch nach Deutschland kommen.

In Deutschland gibt es die „Omas gegen Rechts", in Großbritannien die „Pink Ladys". Wenn man so will, sind es „Omas für Rechts"; ziemlich normal wirkende, meist ältere Frauen, die sich gegen Migrantengewalt und die Islamisierung ihres Landes engagieren. In der Weltspiegel-Dokumentation „Großbritannien: Wut auf Ausländer wächst (https://www.youtube.com/watch?v=eX3tcerMnn4)" wird die Gruppierung kritisch beleuchtet. Eine der rosa gekleideten Damen ermutigt ihre Geschlechtsgenossinnen, laut zu werden:

„Britische Frauen zuerst. Wir sind die Pink Ladys. (...) Wir wollen Frauen ermutigen, dass es Zeit ist, das Stigma abzulegen. Es ist o.k., einzutreten für Deine Überzeugung. Wir sind Mütter, Schwestern, Großmütter, Tanten. Wir alle wollen eine sichere Zukunft."

Omas für Rechts

Der Weltspiegel fing die Stimmen bei einer Großdemonstration ein, die im Herbst 2025 in London stattfand. Teilnehmerzahl: etwa 150.000 Menschen. Demonstrierende klagen: „Unsere Straßen sind nicht sicher. Es gibt Vergewaltigungen, Raub." Eine andere: „Sie missbrauchen unsere Mädchen. Sie belästigen uns." „Und: „Das ist nicht mehr unser Land." Nick Tenconi, Chef der „Independence Party", stärkt den Ladys den Rücken:

„Niemand hat für unkontrollierte, illegale Masseneinwanderung gestimmt. Das ist eine islamische Invasion über den Ärmelkanal. (…) Das islamische Kalifat wird unser Land übernehmen.“

Auch in Newcastle, einer Brennpunkt-Stadt, gab es eine Demonstration. Teilnehmer skandierten: „Wem gehören die Straßen? Uns!“ Der Noch-Premierminister Keir Starmer wurde als „Bastard“ und „Verräter“ tituliert. Der „Weltspiegel“ versucht zu diesen Aufwallungen des Volkszorns Fakten zu liefern: 42.000 Menschen hätten 2025 „irregulär“ den Ärmelkanal überquert. Die meisten davon hätten Asyl bekommen. Eine belastbare Datenlage zum Thema kriminelle Ausländer gebe es aber gar nicht. Der Grund ist einfach: Der Staat erhebt keine Daten über die Herkunft der Tatverdächtigen.

Ein Aufruf zum Kampf

Auf der Welle einer solchen Stimmung surfend, haben Scharfmacher wie Tommy Robinson derzeit Hochkonjunktur im Königreich. Mit seiner immer heiseren, übererregt wirkenden Stimme rief Robinson bei einer seiner Volksreden aus:

„Sie haben die Grenzen geöffnet. Sie haben unsere Nationen geflutet. Aber wir sind der Start einer Gegenrevolution. Dies ist der Funke einer kulturellen Revolution in Großbritannien.“

Eine Pink Lady stellt sich hinter ihn: „Tommy spricht einfach die Wahrheit aus.“ Fakt ist: Robinson saß mehrfach in Haft, sogar wegen Körperverletzung. Es ist leicht, den ehemaligen Hooligan als Radaubruder abzukanzeln. Aber er trifft einen Nerv. Und er ist gut vernetzt. Kein Geringerer als Elon Musk zahlte bei Prozessen Robinsons Anwaltskosten. In einer Videobotschaft angesichts einer Demo gegen Ausländerkriminalität sagte der Tech-Mogul: „Das

ganze britische Volk muss kämpfen für die Zukunft. Sonst gibt es keine Zukunft.“

Robinson machte auch durch seine **Straßeninterviews** (https://www.youtube.com/results?search_query=tommy+robinson) und Kurzfilme über die Prozesse gegen Grooming Gangs Furore — junge Männer aus der islamischen Welt, die wegen ihrer mutmaßlichen Teilnahme an Massenvergewaltigungen angeklagt waren. Dabei stellte der Aktivist die oftmals vermummten Angeklagten vor der Kamera bloß, verstieß gegen mehr als eine Vorschrift und brachte, wie es der Weltspiegel ausdrückte, „fast den Prozess zum Erliegen“. Es spielte Robinson in die Hände, dass Behörden den Skandal um Grooming Gangs kleinzureden und **zu vertuschen versuchten** (https://www.manova.news/artikel/wie-dreck-behandelt).

> ***Die Gründe dafür, dass die Vorfälle seitens der Regierung und des linksliberalen Milieus nicht so hoch gehängt wurden, kommen uns aus Deutschland bekannt vor: Angst vor „Rassismus“-Vorwürfen.***

„Den Wölfen vorgeworfen“

So stehen Menschen, die über die überproportionale Beteiligung von Migranten an schwerer Kriminalität aufklären wollen, oft vor einem Dilemma: Einerseits verbieten sich Randale, pauschale Beschimpfungen und Belästigungen von Eingewanderten; die Dynamik sich hochschaukelnder Lynchmobs wirkt abstoßend. Es trifft in den allermeisten Fällen Unschuldige. Andererseits sollten Fakten nicht nur immer wahrheitsgemäß dargestellt werden, es sollte auch offen über mögliche Konsequenzen daraus debattiert werden können, ohne dass sich Debattierende grundsätzlich dem Vorwurf ausgesetzt sehen, „rechtsextrem“ zu sein. Auch die Pink Ladys verbitten sich dies. Ein Transparent der Frauengruppe trägt

die Aufschrift: „Keine Rechtsextremen, nur besorgte Mütter und Großmütter." Allerdings: Die Ladys demonstrieren vorzugsweise vor Hotels, in denen Asylbewerber wohnen. So wird Druck auf überwiegend sicher unschuldige Menschen ausgeübt, die sich unwillkommen vorkommen müssen.

Orla Minihane, Lokalpolitikerin der Partei „Reform UK", ist Mitbegründerin der Pink Ladys. „Reform UK" ist die derzeit in Umfragen stärkste Partei Großbritanniens. 26,1 Prozent der Wählerstimmen würde sie laut einer Ergebung vom 12. Juli 2026 auf sich vereinen. Eng verbunden sind die rosa Damen auch mit „Restore Britain", einer Bewegung, die als rechtsextrem gilt und die den Pink Ladys unter anderem juristische Unterstützung zukommen lässt. Deren Chef Rupert Lowe machte Ende Juni mit einer **emotionalen Parlamentsrede Furore** (https://www.youtube.com/watch?v=hx8p9CvEqNQ), in der er ausführte:

„Das Ausmaß der illegalen Immigration und sein Einfluss auf dieses Land wird einfach nicht verstanden in diesem Parlament. Die meisten Mitglieder kümmert es nicht einmal. Britische Menschen sind zutiefst besorgt. Frauen haben Angst, allein in ihre Stadt zu gehen. Eltern haben Angst, ihre Kinder zur Schule gehen zu lassen. Es wird schlimmer und schlimmer und schlimmer. Frauen fühlen sich ignoriert von denen, die sie repräsentieren und schützen sollten. Ignoriert und verlassen, den Wölfen vorgeworfen."

Der Krieg der Flaggen

Das zündet — speziell im schon zuvor explosiven Umfeld der britischen Politik.

> ***Eine Aktivistin bei der Demonstration in Newcastle***

> ***beschwerte sich: „Die Menschen in den Booten erwarten, dass sie alles kostenlos bekommen. Ich wurde hier geboren und muss hart arbeiten, damit meine Kinder und ich über die Runden kommen.“***

Auch Nigel Farrage, Vorsitzender von „Reform UK“ und Brexit-Wortführer der ersten Stunde, blies in dieses Horn. Er versprach Massenabschiebungen gleich nach einer möglichen Machtübernahme. Vergleiche zur deutschen AfD dürfen durchaus gezogen werden. Aber auch eine liberale und migrationsfreundliche Gegenbewegung formiert sich. So berichtete die linke Aktivistin Isabella Langdon aus York von Gewalttaten und Hass-Graffiti gegen ausländische Geschäfte verschiedener Herkunft. Die Welle von Union-Jack-Flaggen, die Patrioten in den letzten Monaten überall gehisst hatten, um den Stolz des ursprünglichen weißen England zu symbolisieren, beantwortete Langdon mit einer Gegenaktion: Sie und ihre Mitstreiter dekorierten Geschäfte bewusst mit Flaggen aus ganz verschiedenen Ländern, die einträchtig nebeneinander hängen.

Auch linke Gegendemos gibt es im Land. Ihre Parolen sind „Gegen rechtsaußen“ und „Flüchtlinge willkommen“. Wohin wird das Land driften? Wird es zwischen den offenbar unvereinbaren Strömungen auseinandergerissen? Die deutschen Kommentatoren des Weltspiegel machen aus ihrer Sympathie für die linke, weltoffene Seite der britischen Gesellschaft keinen Hehl:

„Die Pink Ladys werden von vielen als ganz normale Frauen wahrgenommen, die alle aus der Nachbarschaft kennen könnten. Es sind Stimmen wie diese, über die wir uns wirklich Sorgen machen sollten. Die Pink Ladys gelten als nahbar. Viele glauben dem, was sie sagen.“

Hier wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, man könne Migrationsskepsis und den Widerstand gegen Ausländerkriminalität

als skurril und abseitig brandmarken und müsse diese Strömungen somit nicht ernsthaft zur Kenntnis nehmen. Was aber, wenn Menschen wie die „Pink Ladys“ nicht nur als „normale Frauen wahrgenommen“ werden, sondern tatsächlich normale Frauen *sind*? Zumindest wenn man Normalität im Sinne des statistischen Durchschnitts versteht. Die regierende Labour-Partei jedenfalls will dem wachsenden Unmut offenbar entgegenkommen und verschärfte die Asylregeln. Damit vergraulte sie jedoch linke Stammwähler und setzte sich dem Vorwurf aus, „Rechts“ zu bekämpfen, indem sie rechte Konzepte schlicht kopierte.

Frauenverachtung als Motiv

Noch einmal zurück zum Skandal um die „Grooming Gangs“: Im Juni 2026 wurde der **Bericht eines rechten Recherchenetzwerks** (https://www.youtube.com/watch?v=dSYd5t_KfAQ) bekannt. Der Skandal ist schon älteren Datums. 2014 ging durch die Presse, dass in der Gemeinde Rotherham seit 1997 mindestens 1.400 Kinder vergewaltigt worden seien (**Alexis Jay Report** (https://www.youtube.com/watch?v=a9k5o5b1Wik)). Die Täter waren überwiegend pakistanischer Herkunft. Sie arbeiteten mit perfiden Methoden, um Mädchen gefügig zu machen: Freundlichkeit, Geschenke, das Vortäuschen von Liebe, das Erzeugen sexueller Abhängigkeit, Alkohol und Drogen und schließlich das Einfordern von „Gegenleistungen“ gehörten dazu. Gewalttätige Übergriffe schüchterten die Opfer ein. Mädchen wurden schließlich auch an Freunde der Täter „weiterverliehen“, bis sie den Rest ihrer Selbstachtung verloren.

> ***Die Tatsache, dass es sich überwiegend um weiße, einheimische Opfer handelte, nährte den Verdacht, dass hier islamistisch indoktrinierte Täter „ungläubige“ Mädchen als nicht schützenswertes „Freiwild“ betrachteten und auf diese Weise symbolisch die***

> ***abendländische Gastgebergesellschaft zu demütigen versuchten.***

Dieser Aspekt wurde von „Rechts“ vielleicht überbetont. Sicher ist, dass es zwar auch pakistanische und muslimische Opfer gab, jedoch weitaus seltener — sei es, dass diese von ihren Familien besser „bewacht“ wurden, dass Täter Schwierigkeiten innerhalb ihrer Community fürchteten oder dass sie tatsächlich geringere Achtung vor „freizügig“ herumlaufenden westlichen Mädchen hatten. Die Organisation **Rape Crisis England & Wales** (https://rapecrisis.org.uk/news/rape-gang-inquiry-report/) sieht im Islam keine Hauptursache für den Missbrauch Minderjähriger und weist darauf hin, dass solche Phänomene in allen Kulturkreisen vorkommen, speziell auch in Einrichtungen der katholischen Kirche. Allerdings sei die Abwertung von Frauen ein wichtiges Motiv, welches speziell in patriarchalen Gesellschaften häufiger anzutreffen sei.

Täterschutz als Akt politischer Korrektheit

Mitte Juni 2026 machte vor allem der „**Rape Gang Inquiry Report** (https://static1.squarespace.com/static/6810978a41bbc42489eafa81/t/6a314bb1151e511944bd4421/1781615537601/The+Rape+Gang+Inquiry+Report.pdf)“ Rupert Lowes Furore, in dem von 250.000 weiblichen Opfern von Grooming Gangs die Rede war. Diese hohe Zahl wird in den meisten Quellen bestritten. Jedoch wären auch 1.000 oder 2.000 schwer geschädigte und traumatisierte Mädchen mit Sicherheit eine furchtbare Sache. Von Anfang an war im Zusammenhang mit dem Skandal von einem massiven Behördenversagen die Rede. Der außenpolitische Korrespondent Henry Donovan, der auch für die Springer-Presse tätig war, analysiert die Vertuschung und Verharmlosung der Vorfälle als eine

Verfallsform des woken Zeitgeists, der zu unterdrücken versuche, was nicht ins Bild passt:

„Die waren geschützt von der politischen Korrektheit. Da wollte niemand drüber sprechen. Und letztendlich hat man's dann radikalen Menschen wie Tommy Robinson oder Rupert Lowe überlassen, das Zepter in die Hand zu nehmen."

> ***Somit sieht Donovan die Gründe für das Erstarken rechter Parteien darin, dass Parteien der Linken und der Mitte jene Themen, die den Menschen auf den Nägeln brennen, schlicht nicht zur Kenntnis nehmen wollen.***

Viele Briten eint offenbar das Gefühl, die Regierung tue nichts gegen den systematischen Missbrauch. Keir Starmer kündigte eine eigene Untersuchung an: die „Independent Inquiry into Grooming Gangs". Starmer wird allerdings schon bald nicht mehr Premierminister sein.

„I can't breathe" 2.0

Das Jahr 2024 markierte offenbar eine Eskalationsstufe auf dem Weg des Königreichs in Richtung „Failed State". Wie ich in meinem Artikel „**Der grausame Sommer** (https://www.manova.news/artikel/der-grausame-sommer)" schon berichtete, wurden am 29. Juli 2024 drei Mädchen mit Messerstichen ermordet. Sie wollten im englischen Southport einen Tanzkurs besuchen, in dem Bewegungen der Popsängerin Taylor Swift eingeübt wurden. Die Mädchen waren 6, 7 und 9 Jahre alt. Im Anschluss kam es zu massiven landesweiten Krawallen, ausgelöst auch durch Gerüchte, bei dem Täter habe es sich um einen muslimischen Migranten gehandelt. Offenbar handelte es sich aber um einen Briten mit ruandischen Wurzeln. Im Jahr 2025 folgten ethnische Spannungen im nordirischen Ballymena und schwere

Unruhen in Southampton nach dem Mord an dem Studenten Henry Nowak. Täter war ein 23-jähriger Sikh. Letzterer Fall wurde in weiten Teilen der Öffentlichkeit als Musterbeispiel für Täter-Opfer-Umkehr im Geiste eines verkrampften, performativen „Antirassismus“ gedeutet. Der **Spiegel** (https://www.spiegel.de/ausland/grossbritannien-polizisten-legten-sterbendem-handschellen-an-video-loest-rassismusdebatte-aus-a-5fb26b64-ecca-40d2-afe0-7e259ea60043) schildert die Vorgänge so:

„Als die Polizei damals am Tatort eintraf, gab sich der eigentliche Täter jedoch als Opfer aus. Er behauptete, der 18-Jährige habe ihn rassistisch beleidigt. Das Video einer Bodycam zeigt, wie der 18-jährige Henry Nowak zu dem Zeitpunkt auf dem Boden liegt. Mehrmals sagt er, dass er niedergestochen worden sei. Und: ‚I can't breathe‘, auf Deutsch: ‚Ich kann nicht atmen‘. Die Polizisten glauben dem Teenager jedoch nicht und legen ihm, dem wahren Opfer, Handschellen an. Offenbar sahen sie auch die Stichverletzung an der Brust nicht. Henry Nowak starb noch am Tatort, laut Polizeiangaben an inneren Blutungen.“

„Pure, kalte Wut“

Nigel Farrage kommentierte das Ereignis mit dem Spruch „White lives matter“ und stachelte die Briten an: „Reagiert mit purer, kalter Wut!“ Das geschah auch. Es gab Übergriffe gegen unschuldige Angehörige des Sikh-Glaubens, die man an ihrem auffälligen Kopfschmuck gut erkennen kann.

> ***Beiden Lagern ist vorzuwerfen, dass sie sich nicht einer ergebnisoffenen Wahrheitssuche verpflichtet sahen. Von „linker“ Seite pflegte man eher das Vorurteil, der Täter müsse immer ein Weißer, das Opfer ein Farbiger sein — von „rechter“ Seite das Gegenteil.***

Einen weiteren Skandal verursachte der Fall von **Shabir Ahmed** (https://www.theguardian.com/law/2026/jul/03/freed-rochdale-grooming-gang-leader-was-judged-high-risk-to-children-in-2023), Führer einer „Grooming Gang“. Etwa 50 Mädchen gaben an, seit dem Jahr 2008 von Ahmed und seinen „Mitstreitern“ vergewaltigt und misshandelt worden zu sein. Ein mit dem Fall betrauter Richter sagte, die Mädchen seien behandelt worden, „als wären sie wertlos und verdienten keinen Respekt“. Er führte dies darauf zurück, dass sie nicht derselben Gemeinschaft angehörten wie die Täter, die überwiegend Pakistani waren.

Ahmed wurde 2012 zu 19 Jahren Gefängnis verurteilt, dann aber überraschend Anfang Juli 2026 aus der Haft entlassen. Zugleich gaben die Behörden an, er könne derzeit nicht abgeschoben werden. Dabei bescheinigte ihm ein Gutachten, dass er noch immer ein „hohes Risiko für Gewalttaten“ darstelle. Eines seiner Opfer, das öffentlich „Amber“ genannt wird, gab an, Ahmeds Entlassung habe sie körperlich krank gemacht und Schlaflosigkeit verursacht, da sie weiterhin Angst vor dem auf freiem Fuß befindlichen Täter habe.

Gezielte Jagd auf Migranten

Ganz aktuell gibt es schwerwiegende rassistische Unruhen in Nordirland. Bei einem Angriff in Nord-Belfast verletzte ein 30-jähriger Asylbewerber aus dem Sudan den 44-jährigen Einheimischen Stephen Ogilvie lebensgefährlich, was unter anderem zum Verlust eines Auges führte. Das Video der besonders brutalen Tat sowie Details über den Status des Täters wurden rasant in den sozialen Medien geteilt. Die Grenze zwischen Irland und Großbritannien wurde seither auch als „Hintertür“ für einströmende Gewaltkriminelle aus aller Welt bezeichnet. Wie auch in vergleichbaren Fällen in Deutschland — zum Beispiel Solingen 2024, Messerattacke eines Syrers, drei Todesopfer — wurde auch

hier die Frage gestellt: „Warum ist der überhaupt in unser Land gekommen?“

In der Folge entlud sich eine seit Langem schwelende Wut über die britische Asyl- und Einwanderungspolitik in tagelangen, heftigen Krawallen. Es kam zu pogromartiger Gewalt. Maskierte Gruppen machten gezielt Jagd auf Migranten, blockierten Straßen und zündeten Autos, Busse sowie Wohnhäuser an, in denen Zuwanderer vermutet wurden. Im Internet kursierten Adresslisten von Migrantenfamilien („Hit-Lists“), was dazu führte, dass rund 200 Familien evakuiert werden mussten und Dutzende Menschen obdachlos wurden.

> ***Für derartige Exzesse können auch mehrere schwere Einzeltaten nicht als Entschuldigung dienen. Die hochkochende Wut schien jede gerechte Unterscheidung zwischen Schuldigen und Unschuldigen verschwimmen zu lassen.***

Das Vertrauen auf die geordneten Verfahren des Rechtsstaats war so schwer erschüttert, dass Selbstjustiz für viele nicht „Ultima Ratio“, sondern vielmehr die erste Reaktion auf den Angriff auf Stephen Ogilvie war. Der Grund für dieses Verhalten kann nur in einem diffusen Grundgefühl von Bürgern liegen, der Staat könne und wolle sie nicht mehr schützen, werfe sie quasi „den Wölfen“ vor, wie es Rupert Lowe ausdrückte. Anstatt harte und wirksame Maßnahmen gegen Migrantengewalt zu ergreifen — so der Eindruck —, speise der Staat die Briten mit Beschwichtigungsformeln ab.

Andy Burnham — ein neuer Schlauch für alten Wein?

Kaum zu leugnen ist, dass der Rücktritt Keir Starmers mit den geschilderten Vorgängen zusammenhängt. Der Premierminister gab

seine Entscheidung am 22. Juni 2026 bekannt, nachdem aus den eigenen Reihen erheblicher Druck auf ihn ausgeübt wurde. Schon nach seinem Wahlsieg 2024 waren Starmers Umfragewerte massiv eingebrochen.

Das Ausbleiben von Wirtschaftswachstum, die anhaltende Migrationskrise und der Eindruck, das Kabinett sei mit Blick auf die ethnischen Unruhen handlungsunfähig, ließen die Labour-Abgeordneten um ihre Mandate fürchten. Der massive Zulauf zu „Reform UK“ in traditionellen Labour-Hochburgen zwang Starmer schließlich in die Knie. Der Fall des Rochdale-Bandenführers Shabir Ahmed, dessen Abschiebung nach Pakistan scheiterte, wurde als Symbol für das Versagen von Starmers Justiz- und Einwanderungspolitik wahrgenommen.

Was kommt danach? Andy Burnham, der ehemalige populäre Bürgermeister von Manchester, gilt — einer Formulierung aus der Serie „Game of Thrones“ folgend — als „König des Nordens“ und fast sicherer Starmer-Nachfolger. Tendenziell dürfte er den „rechten“ Bewegungen im Land etwas entgegenkommen, um ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Er plädiert zum Beispiel für rigorose Abschiebung von Intensivtätern. Auch wird Burnham nachgesagt, dass er die Sorgen der abgehängten Arbeiterviertel im Norden Englands besser verstehe als sein Amtsvorgänger. Linksliberale Gegner könnten diese Strategie aber auch so deuten, dass Burnham nach dem Motto „If you can’t beat them, join them“ agiere. Damit Rechts nicht gewinnt, rückt man selbst weiter nach rechts.

International besteht gerade für Friedensfreunde wenig Hoffnung auf Besserung unter Andy Burnham. Der designierte Premier gab an, dass die Unterstützung Großbritanniens für die Ukraine unter seiner Führung „nicht ins Wanken geraten“ werde. Wolodymyr Selenskyj wird es freuen; die Not leidenden Menschen in den sozialen Brennpunkten Großbritanniens weniger.

> ***Wie auch in Deutschland ist es ein grausamer Witz, dass westeuropäische Machthaber in Zeiten von Spannungen, die spürbar den gesellschaftlichen Zusammenhang bedrohenden, an ehrgeizen Hochrüstungsprojekten festhalten.***

Großbritannien gab 2025 die Summe von 89 Milliarden Dollar für Rüstung aus, womit es auf Platz 6 der unrühmlichen globalen „Rangliste“ steht.

Ein mutterlos gewordenes Land

So wird das glänzende, das historisch „große“ Britannien unversehens von seinem prolligen Hinterhof eingeholt. Direkt an das Grundstück der Lordschaften aus „**Downtown Abbey** (https://www.youtube.com/watch?v=xUN0kYTV2a4)“ grenzen die sozialen Brennpunkte aus den **Sozialdramen eines Ken Loach** (https://www.youtube.com/watch?v=8hC05Set7Uk). Die heiratswilligen Upper-Class-Fräulein aus Janes Austens „**Stolz und Vorurteil** (https://www.youtube.com/watch?v=I4GO04Ezgu4)“ sehen sich behelligt von Lumpengestalten der Straße, wie sie Charles Dickens’ Roman „**Oliver Twist** (https://www.youtube.com/watch?v=Icymw_K_d3A)“ dargestellt hat. Nur dass niemand die Kinder der modernen urbanen Glasscherbenviertel in die bourgeoise Geborgenheit hinüberrettet, wie es der Roman beschönigend darstellt.

Großbritannien ist nach dem Tod der viel geliebten „Queen“ quasi mutterlos geworden und scheint eher verloren umherzuirren.

> ***Die in Wohlanständigkeit erstarrte Elizabeth, die ihre Familie über Jahrzehnte gezwungen hatte, ihren uneingestandenen Schatten zu tragen, vermag nicht länger den Deckel über dem brodelnden „Melting Pott“***

> ***des neuen England zu halten.***

Ihrem Nachfolger, **König Charles** (https://www.manova.news/artikel/der-royale-reset), den sie bis ins Rentenalter kleinhielt, indem sie die Übergabe der Krone verzögerte, bleibt vermutlich zu wenig Zeit, um noch zu eigener historischer Größe heranzureifen. Er bemüht sich, gewiss, ist aber im Korsett seiner Rolle eingeschnürt und kann infolgedessen nicht einmal mehr den exzentrischen Hobbyphilosophen und Blumenfreund geben, als der er in seinem Buch „Harmony" auftrat. Der Skandal um seinen Bruder, **den mit Jeffrey Epstein befreundeten Mädchenfreund Andrew** (https://www.manova.news/artikel/die-seelenrauber), lastet als schwere Bürde auf der Krone. Charles verbannte den dunklen Bruder konsequent aus der Familie; deren Dysfunktionalität tritt aber immer deutlicher zutage. Während Prinzessin Kate und Charles selbst an einem Krebsleiden laborieren, schlagen Prinz Harry und seine unbezähmbare Gattin Meghan über die Stränge und bereiten den noch immer um Contenance bemühten „braven" Familienmitgliedern Kopfzerbrechen.

Der lange Schatten des Kolonialreichs

Der „Fall" Meghan geht über bloße private Querelen weit hinaus, bescherte er der Krone doch eine unerwünschte Konfrontation mit der finsteren Kolonialismus-Vergangenheit des Landes. Herzogin Meghan, Kind einer afroamerikanischen Mutter, warf nicht näher genannten Mitgliedern des Königshauses sogar **Rassismus vor** (https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-03/meghan-prinz-harry-interview-oprah-winfrey-rassismus). Jemand habe sich besorgt darüber geäußert, wie dunkel die Haut von Archie, dem Sprössling des Paares, wohl werden könnte. Damit wurde Großbritannien an empfindlicher Stelle von seiner

Vergangenheit als Kolonialmacht eingeholt. Obwohl es spätestens seit dem Immigration Act von 1971 kaum mehr Privilegien für Bewohner aus Commonwealth-Ländern gibt, diese sich also nicht mehr „einfach so“ im Mutterland ansiedeln können, sind doch sehr viele Nachfahren der früher Kolonialisierten im Land. Rassenkonflikte und offene Rechnungen — also in beide Richtungen gehende Ressentiments — machen dem Land bis heute zu schaffen.

> ***Die Kolonialvergangenheit ist für Großbritannien ungefähr das, was für Deutschland das „Dritte Reich“ repräsentiert. Beide Großverbrechen erzeugen ein zumindest unbewusstes Hintergrundrauschen, das bei allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit Minderheiten dazwischenfunkt.***

Linke und weltoffene Kräfte in beiden Ländern haben aufgrund eines ererbten Schuldgefühls eine Art Beißhemmung gegenüber Migranten, selbst wenn diese kriminell werden oder die Gemeinschaftskasse objektiv belasten. „Rechte“ beider Länder dagegen favorisieren eine Politik des Schlussstrichs. Genug gebüßt! Die Gastgebergesellschaft muss sich endlich wehren! Zurück zum alten Großbritannien beziehungsweise Deutschland, das wir gekannt hatten!

Der Gratis-Edelmut eines Königs

In diesem Zusammenhang ist die Haltung von König Charles zu den durch Migrantenkriminalität mitverursachten, jedoch ausufernden Unruhen zwar nachvollziehbar, jedoch für viele nicht ausreichend. Charles sieht eine seiner Hauptaufgaben darin, das friedliche Zusammenleben in der multikulturellen britischen Gesellschaft zu sichern. Vor allem setzt er sich für den Schutz von Menschen mit Migrationshintergrund vor Pogromen und Gewalt ein. Während der schweren rassistischen Unruhen in Belfast appellierte der König

beschwichtigend an die Nation. Er verurteilte die „Aggression und Kriminalität einer Minderheit“ aufs Schärfste. Gleichzeitig lobte er den Gemeinschaftsgeist und das Mitgefühl derer, die sich den rassistischen Ausschreitungen entgegenstellten.

Viele, die sich als Opfer von als unhaltbar empfundenen Zuständen in den Städten fühlen, sprechen dem König jedoch das Recht ab, hier Belehrungen zu erteilen. Wer abgeschirmt und schwer bewacht in Clarence House von goldenen Tellern frühstückt — ist der glaubwürdig als Kritiker seiner Landsleute, wenn diese unter Lärm, Müll, unter Arbeitslosigkeit und Kriminalität leiden? Der Vorwurf ist: Die Upper Class gefällt sich in einem Gratis-Edelmut, ohne sich den Herausforderungen „einfacher Bürger“ selbst stellen zu müssen.

Ein britischer „Citizen Vigilante“

Die Klassengegensätze sind neu aufgebrochen im Königreich. Wo es immer mehr Bürgern am Nötigsten fehlt, welches ihnen obendrein noch — zumindest gefühlt — von „Fremden“ streitig gemacht wird, befremden der Prunk und die hohl gewordenen Rituale einer aus der Zeit gefallenen Institution doppelt.

> ***Prinz William und Prinzessin Kate mögen die aufbrechenden Konflikte weglächeln und durch „Verschlankung“ der Ausgaben für das Königshaus ein paar Tropfen auf den heißen Stein träufeln — es könnte aber durchaus sein, dass das schmucke Paar zu Nachlassverwaltern eines Landes wird, in dem fast alles schrumpft: der Wohlstand, der gesellschaftliche Frieden und das internationale Ansehen.***

Vielleicht werden mancherorts Zustände herrschen, wie sie vor 17 Jahren der Thriller „**Harry Brown** (https://www.youtube.com/watch?v=R7mEhcDlZeA)“ mit Michael

Caine beschrieben hat: In einem verwahrlosten, von Drogensucht und Kriminalität „verseuchten“ Stadtviertel räumt ein Rentner mit Kriegserfahrung in einem beispiellosen Feldzug brutaler Selbstjustiz auf. Opfer sind vor allem die, die im Film massiv als Täter dargestellt werden: verrohte, seelisch völlig ausgehöhlte Migranten. Am Ende sind viele tot, aber im Viertel herrschen wieder Ruhe und Ordnung. Der Film kokettierte zumindest mit derart brachialen, menschenrechtswidrigen „Lösungen“.

Das Schema wiederholte sich 2026 mit dem Skandalfilm „**Citizen Vigilante** (https://www.youtube.com/watch?v=fVxmjwaPEFU)“, der zeitweise in Deutschland keine Altersfreigabe bekam und eine Zensurdebatte auslöste. Das dargestellte Szanario „funktioniert“ in vielen Ländern und könnte von der Kinoleinwand aus zunehmend auch die realen Straßen und Häuser der europäischen Städte erreichen. Wo man, aus Angst, als „rechts“ zu gelten, der Wahrheit nicht ins Auge schauen will, könnten Rechtsradikale bei Wahlen reüssieren und die Gesetze des Handelns in die eigene Hand nehmen. Die finstersten Instinkte mancher Zuwanderer und Einheimischer werden dann ungerichtet aufeinanderprallen — nur zaghaft moderiert, jedoch nicht gebändigt von einer Staatsmacht, die die Zustände mit verursacht hat, die Verantwortung dafür jedoch nicht tragen will.

In Großbritannien. Aber nicht *nur* dort.

Roland Rottenfußer, Jahrgang 1963, war nach dem Germanistikstudium als Buchlektor und Journalist für verschiedene Verlage tätig. Von 2001 bis 2005 war er Redakteur beim spirituellen Magazin **connection**, später

für den **Zeitpunkt**. Er arbeitete als Lektor, Buch-Werbetexter und Autorenscout für den Goldmann Verlag. Seit 2006 ist er Chefredakteur von **Hinter den Schlagzeilen** (https://hinter-den-schlagzeilen.de/). Von 2020 bis 2023 war er Chefredakteur vom Rubikon, seit April 2023 ist er Mitherausgeber und Chefredakteur von Manova.